

Beschlussempfehlung

Ausschuss
für Haushalt und Finanzen

Hannover, den 09.12.2009

Antworten der Landesregierung auf Beschlüsse des Landtages zu den Haushaltsrechnungen für die Haushaltsjahre 2000 bis 2006

Drs. 14/3982, 15/2328, 15/3282, 15/4198, 16/611

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird gebeten, die Feststellungen und Bemerkungen im Bericht des Ausschusses für Haushalt und Finanzen (vgl. Anlage) zu beachten und dem Landtag zu den dort genannten Zeitpunkten zu berichten.

Heinrich Aller
Vorsitzender

Anlage

Bericht
des Ausschusses für Haushalt und FinanzenI. **Haushaltsrechnungen für die Haushaltsjahre 2000 bis 2006**

Im Anschluss an seinen Bericht in der Drucksache 16/607, den sich der Landtag in seiner 21. Sitzung am 13.11.2008 durch Beschluss zu eigen gemacht hat, stellt der Ausschuss für Haushalt und Finanzen fest, dass mit den Antworten der Landesregierung auf Beschlüsse des Landtages zu den Haushaltsrechnungen für die Haushaltsjahre 2000 bis 2006 alle Beiträge mit Ausnahme der unter II. genannten aus der Sicht des Landtages erledigt sind.

II. **Offene Punkte:**1. **Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2000**

Unterrichts- und Lehrerausfall an allgemein bildenden Schulen
Letzte Beschlussfassung des Landtages vom 13.12.2007 - Drs. 15/4300 II Nr. 1 b
Antwort der Landesregierung vom 20.12.2007 - Drs. 15/4367

Der Beschluss aus dem Jahre 2003 wird nicht weiter verfolgt. Der Landtag erwartet, dass der Landesrechnungshof seine Feststellungen in aktuellen Prüfungen aufgreift.

2. **Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2004**a) **Entbehrliche Landesaufgaben bei den Landesbildungszentren für Hörgeschädigte und Blinde**

Beschlussfassung des Landtages vom 13.12.2007 - Drs. 15/4300 II Nr. 4 g
Antwort der Landesregierung vom 22.10.2009 - Drs. 16/1783

Die Antwort der Landesregierung in der Drs. 16/1783 ist vom Ausschuss für Haushalt und Finanzen noch nicht beraten worden. Das Beratungsergebnis bleibt abzuwarten.

b) **Mit PPP in die Ratenfalle?**

Beschlussfassung des Landtages vom 13.12.2007 - Drs. 15/4300 II Nr. 4 k
Antwort der Landesregierung vom 16.12.2008 - Drs. 16/781

Der Landtag nimmt die Antwort der Landesregierung vom 16.12.2008 (LT-Drs. 16/781) zur Kenntnis. Hinsichtlich der angekündigten Änderung der Verwaltungsvorschriften zu den §§ 24 und 54 LHO bittet der Landtag die Landesregierung bis zum 31.12.2010 um Unterrichtung.

3. **Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2005**a) **Europaqualifizierung ja, aber bedarfsgerecht**

Beschlussfassung des Landtages vom 15.11.2007 - Drs. 15/4198 Nr. 16
Antwort der Landesregierung vom 10.12.2008 - Drs. 16/765

Die Antwort der Landesregierung in der Drs. 16/1925 ist vom Ausschuss für Haushalt und Finanzen noch nicht beraten worden. Das Beratungsergebnis bleibt abzuwarten.

b) **Wegfall des Landesinteresses für die Förderung der Zentralen Beratungsstellen**

Beschlussfassung des Landtages vom 15.11.2007 - Drs. 15/4198 Nr. 19
Antwort der Landesregierung vom 13.03.2009 - Drs. 16/1076

Der Bericht der Landesregierung in der Drs. 16/1927 ist vom Ausschuss für Haushalt und Finanzen noch nicht beraten worden. Das Ergebnis bleibt abzuwarten.

c) **Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten - unkontrollierte Ausgaben in Hannover durch Sonderregelungen**

Beschlussfassung des Landtages vom 15.11.2007 - Drs. 15/4198 Nr. 20

Antwort der Landesregierung vom 11.03.2009 - Drs. 16/1029

Der Bericht der Landesregierung in der Drs. 16/1928 ist vom Ausschuss für Haushalt und Finanzen noch nicht beraten worden. Das Ergebnis bleibt abzuwarten.

d) **Das Sprengel Museum der Landeshauptstadt Hannover - Finanzierung und Einfluss des Landes**

Beschlussfassung des Landtages vom 15.11.2007 - Drs. 15/4198 Nr. 22

Antwort der Landesregierung vom 29.07.2008 - Drs. 16/362

Die Landesregierung hat in Ihrer Antwort vom 29.07.2008 (16/362) ausgeführt, dass voraussichtlich im Herbst 2008 die Ergebnisse zur Entscheidung über eine geeignete Form der Neuausrichtung der Trägerschaft des Sprengel Museums unter Darstellung der jeweiligen Vor- und Nachteile vorgelegt werden können. Sie hat das Fazit gezogen, dass eine geeignete Form der gemeinsamen Trägerschaft und deren rechtliche Umsetzung bis Ende 2009 erreicht sein werde.

Der Landtag erwartet nunmehr bis zum 01.07.2010 eine Unterrichtung und einen Entscheidungsvorschlag.

e) **Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten - überhöhte Ausgaben für ambulante Hilfeangebote**

Beschlussfassung des Landtages vom 15.11.2007 - Drs. 15/4198 Nr. 33

Antwort der Landesregierung vom 11.03.2009 - Drs. 16/1031

Der Bericht der Landesregierung in der Drs. 16/1784 ist vom Ausschuss für Haushalt und Finanzen noch nicht beraten worden. Das Ergebnis bleibt abzuwarten.

f) **Universitäre Physik: Mangelnde Auslastung, unterdurchschnittliche Kennzahlen zu Forschung und Lehre**

Beschlussfassung des Landtages vom 15.11.2007 - Drs. 15/4198 Nr. 38

Antwort der Landesregierung vom 06.03.2008 - Drs. 16/26

Die Antwort der Landesregierung in der Drs. 16/1703 ist vom Ausschuss für Haushalt und Finanzen noch nicht beraten worden. Das Ergebnis bleibt abzuwarten.

g) **Begleitung der Verwaltungsreform durch den LRH: Organisation und Wirtschaftlichkeit der Regierungsvertretungen**

Beschlussfassung des Landtages vom 15.11.2007 - Drs. 15/4198 Nr. 41

Der Landtag erwartet den Bericht der Landesregierung nunmehr bis zum 01.05.2010.

4. **Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2006**

a) **Einsparpotenziale beim Personalmanagementverfahren**

Anträge der Landesregierung - Drs. 16/4360

Beschlussfassung des Landtages vom 13.11.2008 - Drs. 16/611 Nr. 5

Letzte Antwort der Landesregierung vom 11.03.2009 - Drs. 16/1033

Der Landtag hält die Stellungnahme der Landesregierung vom 11.03.2009 (LT-Drs. 16/1033) in der Sache teilweise für nicht ausreichend.

Die Antwort beinhaltet insbesondere keine Aussagen zu

- einer verbindlichen Zeitplanung,
- einer abschließenden Ermittlung der Anpassungserfordernisse der Software,
- der Frage der Finanzierung von Programmanpassungen auf Grund von Ressortanforderungen und
- der geforderten ressortbezogenen Ermittlung und Festsetzung der Einsparpotenziale.

Damit ist der Beschluss des Landtages vom 13.11.2008 (LT-Drs. 16/611) nicht vollständig umgesetzt.

Die Landesregierung wird aufgefordert, bis zum 31.03.2010 zu den offenen Punkten zu berichten.

b) **Verzicht auf Einnahmen beim Landesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit**

Anträge der Landesregierung - Drs. 15/4360

Beschlussfassung des Landtages vom 13.11.2008 - Drs. 16/611 Nr. 11

Letzte Antwort der Landesregierung vom 11.12.2008 - Drs. 16/774

Der Landtag nimmt die Antwort der Landesregierung vom 11.12.2008 (LT-Drs. 16/774), dass die Landesregierung in der Länderarbeitsgemeinschaft Verbraucherschutz die Einführung einer Gebührenpflicht für beanstandete Planproben anstrebt, zur Kenntnis.

Er erwartet, dass sich die Landesregierung nachdrücklich für eine entsprechende Regelung durch alle Bundesländer einsetzt.

Der Landtag bittet um Bericht bis zum 31.12.2009.

c) **Förderung der freiwilligen Rückkehr von Ausländern**

Anträge der Landesregierung - Drs. 15/4360

Beschlussfassung des Landtages vom 13.11.2008 - Drs. 16/611 Nr. 13

Der Landtag erwartet den Bericht der Landesregierung nunmehr zum 31.12.2009.

d) **Unzureichende Arbeitszeitregelungen für Lehrkräfte an allgemein bildenden Schulen**

Anträge der Landesregierung - Drs. 15/4360

Beschlussfassung des Landtages vom 13.11.2008 - Drs. 16/611 Nr. 19

Der zum 31.12.2009 erbetene Bericht der Landesregierung bleibt abzuwarten.

e) **Verwaltungsbereiche der Universitäten - Rationalisierungspotenziale zur Optimierung von Forschung und Lehre nutzen!**

Anträge der Landesregierung - Drs. 15/4360

Beschlussfassung des Landtages vom 13.11.2008 - Drs. 16/611 Nr. 20

Der Landtag hält die in der Stellungnahme der Landesregierung vom 09.02.2009 (LT-Drs. 16/927) zum o. a. Beschluss genannten Maßnahmen für noch nicht ausreichend.

Nicht alle Universitäten sind der Aufforderung des Landtages, die vom Landesrechnungshof aufgezeigten Einsparmöglichkeiten umzusetzen, in ausreichendem Maße nachgekommen. Lediglich zwei Universitäten haben das im Denkschriftenbeitrag aufgezeigte Optimierungspotenzial zu einem wesentlichen Teil ausgeschöpft.

Damit ist der Beschluss des Landtages vom 13.11.2008 (LT-Drs. 16/611) nicht vollständig umgesetzt.

Die Umsetzung vorhandener Einsparpotenziale lässt sich aus Sicht des Landtages nur verbessern, indem ein auf Kennzahlen basierendes regelmäßiges Benchmarking der Hochschulen institutionalisiert wird, um ständig und nicht nur punktuell einen Überblick über den Aufgabenbestand, die Aufgabenerledigung und damit zusammenhängend über den Stellenbedarf und die Stellenverteilung zu haben.

Der Landtag erwartet, dass die Landesregierung die Umsetzung der vom Landesrechnungshof aufgezeigten Einsparmöglichkeiten auch dadurch sicherstellt, dass durch ein kontinuierliches Benchmarking ein systematischer Austausch über organisationsrelevante Informationen stattfindet.

Über das Veranlasste ist dem Landtag bis zum 30.06.2010 zu berichten.

f) Arzneimittelversorgung im Justizvollzug

Anträge der Landesregierung - Drs. 15/4360

Beschlussfassung des Landtages vom 13.11.2008 - Drs. 16/611 Nr. 30

Der Landtag erwartet, dass die Landesregierung im Anschluss an ihre Antwort vom 10.12.2008 (LT-Drs. 16/766) bis zum 31.12.2009 über das Ergebnis ihrer Vorbereitungen berichtet, für eine Gleichstellung der Gefangenen mit den gesetzlich Versicherten im Gesundheitswesen zu sorgen.

g) Die Rolle des Landes in der Gesundheitsvorsorge: Koordination statt eigener Förderung

Anträge der Landesregierung - Drs. 15/4360

Beschlussfassung des Landtages vom 13.11.2008 - Drs. 16/611 Nr. 31

Die zum 31.12.2009 erbetene Antwort der Landesregierung bleibt abzuwarten.

h) Abgrenzung der Archivaufgaben von Bibliotheksaufgaben

Anträge der Landesregierung - Drs. 15/4360

Beschlussfassung des Landtages vom 13.11.2008 - Drs. 16/611 Nr. 33

Der Landtag nimmt die Antwort der Landesregierung vom 18.05.2009 (LT-Drs. 16/1288) zur Kenntnis, dass sie zur Erfüllung der archivarischen Kernaufgaben umfangreiche, auf die regionalen Besonderheiten zugeschnittene Dienstbibliotheken an allen Archivstandorten für erforderlich hält.

Er erwartet von der Landesregierung, dass der Umfang dieser Dienstbibliotheken weiterhin laufend überprüft und - auch mittels Abgleich mit andernorts erhältlichen Beständen - auf das unbedingt Erforderliche beschränkt wird. In diesem Zusammenhang bittet der Landtag insbesondere um Zurückhaltung bei der Übernahme weiterer Buchbestände von Behörden, Privatpersonen und regionalen Vereinen. Es muss auch vermieden werden, dass sich Archivbibliotheken zu öffentlichen Bibliotheken entwickeln, die von Dritten zunehmend rein bibliothekarisch genutzt werden. Das wäre Aufgabe der Landesbibliotheken.

Der Landtag erkennt an, dass unter den geschilderten Voraussetzungen eine deutliche Abgrenzung zwischen den Tätigkeiten der Archiv- und der Bibliotheksverwaltung möglich ist.

Angesichts der räumlichen Nähe des Staatsarchivs Bückeburg hat er keine Bedenken, wenn die Betreuung der Fürstlich-Schaumburg-Lippischen-Hofbibliothek weiterhin von dort wahrgenommen wird. Der Landtag bittet allerdings - wie bisher - die Landesbibliothek unter bibliothekfachlichen Gesichtspunkten angemessen zu beteiligen. Der Jahresberichtsbeitrag wird damit als erledigt angesehen.

i) Mängel des Förderverfahrens für nachwachsende Rohstoffe

Anträge der Landesregierung - Drs. 15/4360

Beschlussfassung des Landtages vom 13.11.2008 - Drs. 16/611 Nr. 34

Antwort der Landesregierung vom 16.03.2009 - Drs. 16/1078

Der Landtag nimmt zur Kenntnis, dass die Landesregierung beabsichtigt, für das Förderprogramm „Nachwachsende Rohstoffe“ Richtlinien zu erlassen und den Einsatz der Mittel gemeinsam mit den übrigen fördernden Ressorts durch eine verstärkte Kooperation besser abzustimmen.

Er erwartet jedoch darüber hinaus, dass künftig die Bewilligung der Fördermittel durch eine nachgeordnete Stelle und nicht mehr durch das Ministerium erfolgt. Der Erfolg der Förderung ist anhand der mit ihr verfolgten Ziele zu evaluieren.

Er bittet um entsprechenden Bericht bis zum 31.12.2009.

j) **Täter-Opfer-Ausgleich - Optimierung möglich**

Anträge der Landesregierung - Drs. 15/4360

Beschlussfassung des Landtages vom 13.11.2008- Drs. 16/611 Nr. 37

Der Landtag nimmt die Antwort der Landesregierung vom 04.12.2008 (LT-Drs. 16/760) zur Kenntnis und erwartet, dass die Landesregierung bis zum 31.03.2010 noch über ihr Konzept zur stärkeren Einbindung freier Träger in den Täter-Opfer-Ausgleich berichtet.